

Die DVP im Januar 2020/Inhaltsverzeichnis

Abhandlungen

Edmund Schaaf

Vorbereitung von Gemeinderatsbeschlüssen 3

Der Gemeinderat ist eines der wichtigsten Organe der Kommunalverwaltung. Ihm obliegen die wesentlichen Entscheidungen in der Gemeinde. Diese haben oft vielfältige und erhebliche Bedeutung und Folgen. Über ihren eigentlichen Inhalt hinaus erlangen sie gesellschaftspolitische Bedeutung, weil durch sie die Menschen vor Ort erleben, wie Demokratie funktioniert. Die Folgen von Ratsentscheidungen betreffen Einwohnerinnen und Einwohner vielfach in ihren persönlichen Lebensverhältnissen.

Daher kommt auch der Vorbereitung seiner Entscheidungen besondere Bedeutung zu. Der Beitrag erläutert die – z.T. unterschiedlichen – Zuständigkeiten und Verfahren in den Bundesländern, die bei der Ladung zur Sitzung, der Aufstellung der Tagesordnung und der Information von Ratsmitgliedern und Öffentlichkeit zu beachten sind. Auch die Rechtsfolgen bei Verstößen sowie die Rechtsschutzmöglichkeiten des Rats, der Fraktionen und der Ratsmitglieder werden angesprochen, außerdem die Auswirkungen auf Außenrechtsbeziehungen, insbesondere bei einem Normenkontrollantrag gegen eine Satzung oder der Anfechtungsklage gegen einen Verwaltungsakt.

Iris Wiesner/Jasmin Bitzer

Die Grundsteuerreform in Deutschland 11

Die Gesetzesgrundlage zur Grundsteuer ist derzeit im Wandel, da das Bundesverfassungsgericht am 10.4.2018 festgestellt hat, dass das aktuelle Bewertungsrecht zur Grundsteuer verfassungswidrig ist. Nach längeren Verhandlungen ist am 5.12.2019 das „Gesetz zur Änderung des Grundsteuergesetzes zur Mobilisierung von baureifen Grundstücken für die Bebauung“ (BGBl. I 2019, S. 1875) veröffentlicht worden, das eine Neuregelung zum 1.1.2025 vorsieht. Hier bleibt allerdings weiterhin fraglich, inwiefern die Länder die neu eingefügte Länderöffnungsklausel nutzen werden und welche Konsequenzen sich hieraus ergeben werden.

Der Beitrag erläutert die Entstehung der Regelungen und weist darauf hin, dass zur Vorbereitung der erstmaligen Anwendung der Neuregelungen eine erhebliche Vorlaufzeit in den Kommunen erforderlich sein wird. Dies ergibt sich insbesondere aus dem Verfahren der kommunalen Haushaltsberatungen.

Holger-Andreas Wendel

„Weimarer Entschließung“ 13

Der Beitrag berichtet von der 57. Bundestagung des Verbands der Verwaltungsschulen und Studieninstitute (BVSI). Im Zentrum der Überlegungen stand die Forderung nach einer Neuordnung der Verwaltungsfachangestellten-Ausbildung. Der Wortlaut der sog. Weimarer Entschließung, die auf der Tagung einstimmig beschlossen wurde, ist im Anschluss an den Bericht abgedruckt.

Philipp Legrand

Die Didaktische Rekonstruktion als Kommunikationsstrategie im Kontext des Verwaltungshandelns 16

Das Verwaltungshandeln ist geprägt von sozialen Interaktionen. Lernprozesse werden dabei initiiert, indem Informationen ausgetauscht und diskutiert, Sachverhalte erklärt und Entscheidungen kommuniziert werden.

In der Abhandlung wird, ausgehend von der konstruktivistischen Lerntheorie, das Modell der Didaktischen Rekonstruktion dargestellt. Ferner wird diskutiert, inwieweit das Modell auf die Gestaltung von Gesprächsverläufen im Verwaltungskontext bei der Interaktion Anwendung finden kann. Ziel ist es, mithilfe des Modells Konfliktpotenziale zu reduzieren und die dialogische Austauschqualität zu verbessern. Das Modell legt den Fokus auf Vorstellungen über unter-

schiedliche Themen und folgt dem Ansatz: Je mehr ich darüber weiß, wie mein Gegenüber denkt und welche Vorstellungen er themenspezifisch hat, desto besser kann ich auf ihn eingehen und Situationen im Rathausalltag bewältigen.

Fallbearbeitungen

Thomas Hartmann

Stellenwechsel 18

Gegenstand dieser Fallbearbeitung aus dem Gebiet „Öffentliches Dienstrecht“ sind u.a. Fragen zur Bewerberauswahl, zu den Themen Zwischenzeugnis, Probezeit, Kündigung, Tabellenentgelt und tarifliche Freistellungsmöglichkeiten.

Holger Weidemann

Unruhe in Bodenwerder 23

Es handelt sich um eine Fallgestaltung aus dem Modul Konfliktmanagement, das im Rahmen des Masterstudiengangs „Kommunales Verwaltungsmanagement“ zu besuchen ist. Ziel dieses Moduls ist es einerseits, Arten und Ebenen von Konflikten zu kennen und außerrechtliche und rechtliche Methoden einzusetzen, um andererseits einen Betrag zur Konfliktlösung leisten zu können.

Rainer Gebhardt/Alexander Steinhäuser

Fallbearbeitung Personalmanagement 26

Diese Klausur befasst sich zunächst mit Fragen der Personalbeschaffung, insbesondere den Themen Anforderungsprofil, Anforderungsanalyse, Personalmarketing, Interview, simulationsorientierte Personalauswahl. Im zweiten Teil geht es um die systematische Personalentwicklung und die dabei zu durchlaufenden Phasen. Außerdem sollen Personalentwicklungsmaßnahmen genannt werden, die spezifisch für neue Lehrende geeignet erscheinen. Aufgabe 3 befasst sich mit der Personaleinführung, zum Abschluss werden Aspekte der Personalentlohnung erörtert, insbesondere der Versuch, durch leistungsabhängige Entgeltbestandteile einen Anreiz zu setzen.

Rechtsprechung

(Grundrechts-)Anspruch auf Strafverfolgung?
(BVerfG, Beschluss vom 29.5.2019 – 2 BvR 2630/18).....34

Zur Androhung der Festsetzung erhöhter Zwangsgelder bei
tierschutzrechtlichen Verstößen
(OVG Lüneburg, Urteil vom 23.2.2017 – 11 LB 94/16)36

Notwendigkeit der Hinzuziehung eines Bevollmächtigten für das
Vorverfahren
(VGH Mannheim, Beschluss vom 10.3.2017 – 1 S 2595/16).....38

Auftreten eines „falschen“ Beamten: zum Tatbestand der Amtsanmaßung
(BGH, Beschluss vom 9.8.2016 – 3 StR 109/16).....39

Zulässigkeit von Hausbesuchen durch Mitarbeiter eines Jobcenters
(LSG Mainz, Beschluss vom 2.7.2014 – L 3 AS 315/14 B ER; s. auch
LSG München, Beschluss vom 11.11.2016 – L 7 AS 704/16 B ER)40

Schrifttum 42

Die Schriftleitung

Dieser Ausgabe liegt das DVP-Jahresinhaltsverzeichnis 2019 bei.
Wir bitten um freundliche Beachtung!